

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Klaus Ernst, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/3147 –

Einstieg in den Ausstieg – Sanktionen gegen Russland aufheben

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion ist der Auffassung, dass die Debatten um Sanktionen des Westens und deren Durchsetzung gegen Russland wie auch die russischen Gegenmaßnahmen die politischen Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Die Sanktionen des Westens und die russischen Gegenmaßnahmen würden längst der EU und der deutschen Wirtschaft schaden. Die Listungen von zahlreichen Abgeordneten der russischen Staatsduma machten den interparlamentarischen Austausch unmöglich und trügen nicht zur Verständigung, sondern zur weiteren Eskalation bei. Auch mit der Verschiebung des für Oktober 2014 in Sotschi geplanten Petersburger Dialogs habe Deutschland eine weitere Möglichkeit des Gesprächs und eine Chance zum Austausch ausgeschlagen.

Vor diesem Hintergrund soll der Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern, in der EU darauf hinzuwirken, dass die Listungen von Personen, insbesondere gegen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der russischen Staatsduma, möglichst umgehend aufgehoben werden, zumindest aber, dass die am 8. September 2014 ausgesprochenen Reiseverbote nicht erneuert werden, sondern am 15. März 2015 enden. Die Bundesregierung wird weiter dazu aufgefordert, in der EU darauf hinzuwirken, dass die Wirtschaftssanktionen gegen Russland möglichst umgehend aufgehoben werden. Schließlich soll der Bundestag die Bundesregierung auffordern, den Petersburger Dialog möglichst umgehend wiederzubeleben und als einen Rahmen zu nutzen, das Misstrauen zwischen Russland und dem Westen abzubauen und stattdessen in einen konstruktiven und kritischen Dialog einzutreten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/3147 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2014

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Karl-Georg Wellmann
Berichterstatter

Franz Thönnies
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Karl-Georg Wellmann, Franz Thönnies, Wolfgang Gehrcke und Marieluise Beck (Bremen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/3147** in seiner 66. Sitzung am 13. November 2014 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion ist der Auffassung, dass die Debatten um Sanktionen des Westens und deren Durchsetzung gegen Russland wie auch die russischen Gegenmaßnahmen die politischen Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Die Sanktionen des Westens und die russischen Gegenmaßnahmen würden längst der EU und der deutschen Wirtschaft schaden. Die Listungen von zahlreichen Abgeordneten der russischen Staatsduma machten den interparlamentarischen Austausch unmöglich und trügen nicht zur Verständigung, sondern zur weiteren Eskalation bei. Auch mit der Verschiebung des für Oktober 2014 in Sotschi geplanten Petersburger Dialogs habe Deutschland eine weitere Möglichkeit des Gesprächs und eine Chance zum Austausch ausgeschlagen.

Vor diesem Hintergrund soll der Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern, in der EU darauf hinzuwirken, dass die Listungen von Personen, insbesondere gegen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der russischen Staatsduma, möglichst umgehend aufgehoben werden, zumindest aber, dass die am 8. September 2014 ausgesprochenen Reiseverbote nicht erneuert werden, sondern am 15. März 2015 enden. Die Bundesregierung wird weiter dazu aufgefordert, in der EU darauf hinzuwirken, dass die Wirtschaftssanktionen gegen Russland möglichst umgehend aufgehoben werden. Schließlich soll der Bundestag die Bundesregierung auffordern, den Petersburger Dialog möglichst umgehend wiederzubeleben und als einen Rahmen zu nutzen, das Misstrauen zwischen Russland und dem Westen abzubauen und stattdessen in einen konstruktiven und kritischen Dialog einzutreten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 18/3147 in seiner 26. Sitzung am 17. Dezember 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/3147 in seiner 22. Sitzung am 17. Dezember 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/3147 in seiner 31. Sitzung am 17. Dezember 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 17. Dezember 2014

Karl-Georg Wellmann
Berichtersteller

Franz Thönnies
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstellerin